

ANFRAGE von Josef Wiederkehr (CVP, Dietikon), Yvonne Bürgin (CVP, Rüti) und Franco Albanese (CVP, Winterthur)

Betreffend Bekämpfung von gewerbefeindlichen Auflagen im Strassenverkehr

Viele Gewerbebetriebe und Aussendienstmitarbeiter sind beruflich auf einen gut funktionierenden, motorisierten Strassenverkehr angewiesen. Insbesondere die seit geraumer Zeit laufend steigenden Staustunden verursachen für die betroffenen Unternehmungen erhebliche Mehrkosten. Eine diesbezügliche Besserung ist bedauerlicherweise kaum in Sicht. Hinzu kommen zahlreiche weitere Schikanen im Strassenverkehr, wie Pfortneranlagen, Abbau von Parkplätzen, Spur- und Temporeduktionen, die exzessive Ausweitung von Radarkontrollen, die Umwandlung von Parkverboten in Halteverbote, die Erhöhung von Parkgebühren oder die Ausweitung der Gebührenpflicht. Besonders stark ausgeprägt sind diese Probleme in den städtischen Gebieten.

Der Regierungsrat wird deshalb durch die Beantwortung folgender Fragen gebeten, darzulegen, welche Massnahmen diesbezüglich getroffen wurden und welche zusätzlich geplant sind.

1. Welche konkreten Massnahmen sieht der Regierungsrat, um diesen Entwicklungen entgegen zu wirken, damit das Gewerbe, welches auf einen funktionierenden motorisierten Strassenverkehr angewiesen ist, wirkungsvoll entlastet werden kann?
2. Inwieweit sind innerhalb des Kantons Entwicklungen festzustellen, dass Gewerbebetriebe, welche auf den motorisierten Strassenverkehr angewiesen sind, den städtischen Gebieten den Rücken kehren?
3. Wo sieht der Regierungsrat entsprechenden Handlungsbedarf auf kantonaler Ebene, wo auf kommunaler Ebene?
4. In welchen Bereichen besteht diesbezüglich ein direkter Austausch mit den Städten? Welche konkreten Massnahmen konnten vereinbart werden?
5. Für welche weiteren wichtigen Massnahmen bedarf es Gesetzesanpassungen, um die Stellung des Kantons diesbezüglich zu stärken?
6. Wie beurteilt der Kanton die Situation bezüglich der stetigen Zunahme von Umwandlungen von Parkverboten in Halteverbote?
7. Welche Möglichkeiten sieht der Regierungsrat für die betroffenen Gewerbebetriebe, um die Situation zu verbessern?

Josef Wiederkehr
Yvonne Bürgin
Franco Albanese